

Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Mündliche Anfrage 2225

des Abgeordneten Benjamin Raschke (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an die Landesregierung

Rechtsschutz für Kommunalpolitikerinnen und -politiker

Das gesellschaftliche Klima ist auch gegenüber Kommunalpolitikerinnen und -politikern rauer geworden. Entsprechend kommt es auch vermehrt zu juristischen Auseinandersetzungen. Kommunalpolitikerinnen und -politiker werden zum einen verklagt oder zu Unterlassungserklärungen gedrängt. Zum anderen suchen sie selbst den Rechtsweg, um sich gegen Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalttaten zu wehren.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeit haben Kommunalpolitikerinnen und -politiker, um im Rechtsfall unterstützt bzw. abgesichert zu sein?